

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Christoph Gensch und Dirk Herber (CDU)

Linksautonomes Zentrum Haus Mainusch

Wir fragen die Landesregierung:

1. In welcher Höhe und aus welchen Beweggründen erfolgte seit Besetzung des Grundstücks eine finanzielle Unterstützung des Hauses Mainusch mit öffentlichen Geldern (Auflistung der finanziellen Unterstützung bitte aufgliedert nach Jahren und Verwendungszweck seit Beginn der Zahlungen)?
2. Wie bewertet die Landesregierung die nicht rechtskonformen Aktivitäten (Verlinkung verfassungsfeindlicher Webseiten wie linksunten.indymedia.org auf der Homepage; gravierende Sachbeschädigungen durch Graffiti auf dem gesamten Unigelände) im Zusammenhang mit dem Haus Mainusch auf dem Campus der Johannes Gutenberg-Universität?
3. Wie bewertet es die Landesregierung, dass im Haus Mainusch auf dem Gelände der Johannes Gutenberg-Universität Veranstaltungen mit linksextremistischem Bezug unterstützt werden (zum Beispiel im Hinblick auf „Soli“-Partys zur finanziellen Unterstützung mutmaßlicher linksextremistischer Gewalttäter [u. a. 24. März 2016, Quelle: Facebook-Profil „161 Mainz bleibt stabil“] sowie Vorbereitungs- und Planungstreffen des sogenannten Schwarzen Blocks, der für gewalttätige Ausschreitungen beim G20-Gipfel in Hamburg verantwortlich gemacht wird [u. a. 13. Juni 2017, Quelle: Facebook-Profil „161 Mainz bleibt stabil“])?
4. Wieso hat die Landesregierung diese bedenklichen Entwicklungen über viele Jahre bis heute geduldet, ohne ein Eingreifen für nötig zu halten?
5. Befürchtet die Landesregierung Ausschreitungen bzw. eine erneute Besetzung des Hauses Mainusch, falls das Gelände Ende dieses Jahres geräumt werden muss? Wenn ja, welche Maßnahmen plant sie, um Ausschreitungen oder eine Besetzung zu verhindern?

Dr. Christoph Gensch und Dirk Herber